Diskretion, Know-how und eine weisse Weste : die Schweiz und die internationale Verschuldung

Autor(en): **Bosshard, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft [2]: **Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital**

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652575

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

I. Finanzplatz Schweiz, transnationales Bankenkapital und Schuldenkrise

Peter Bosshard

Diskretion, Know-how und eine weisse Weste

Die Schweiz und die internationale Verschuldung

Ich fange an mit einer Länderliste: Ägypten und Marokko, Tunesien und Ghana, Bolivien und Jamaica, Madagaskar, Sudan und Sambia. In all diesen Ländern hat es in den vergangenen Jahren Revolten gegen die Verschuldungs-Politik gegeben, sind bei solchen Protesten Tausende von Menschen erschossen worden. Jeden Tag sterben in der Dritten Welt noch mehr Menschen an den sozialen Folgen der Verschuldung: an Hunger und Unterernährung, an Krankheiten und Verelendung. Wer es noch nicht wusste, konnte es 1987 in den Statistiken der UNICEF nachlesen – mit erschreckender Genauigkeit (1).

Die Verschuldung als ein weltwirtschaftlicher Betriebsunfall, als eine Entwicklungskrise, weit weg in der Dritten Welt? Nichts wäre oberflächlicher und verfehlter als eine solche Sichtweise. Der heutige Zustand der extremen Ausblutung war vorauszusehen. Und die Verschuldung wird – gestern wie heute – als ein kalkuliertes Geschäft betrieben und als politisches Druckmittel ausgenützt. Die Verschuldung ist ein zentraler Ausdruck des herrschenden Weltwirtschaftssystems; sie hat direkt auch mit uns zu tun. Sie ist Teil eines Systems, das die Schweizer Banken, Konzerne und Behörden wesentlich mittragen.

Ich will im folgenden zu zeigen versuchen, was die Schweiz konkret mit den Opfern von Repression und IWF-Politik zu tun hat. Welche besondere Rolle sie seit Jahrzehnten innerhalb des Weltwirtschaftssystems spielt. Ich will zeigen, wie die Schweiz die Verschuldungspolitik von IWF und Banken von Anfang an mitgetragen hat. Am Schluss werde ich Forderungen aufstellen und versuchen, diese in einige Überlegungen zum heutigen Stand der Solidaritätsbewegung einzubetten.

Ich halte dieses Referat im Namen der Vorbereitungsgruppe des Kongresses. Diese Gruppe ist recht breit aus verschiedenen Organisationen und Komitees zusammengesetzt. In vielen Punkten fanden wir jeweils Einigkeit. In vielen anderen auch nicht. Nicht einig sind wir uns beispielsweise in der Frage, wie konkret oder wie abstrakt wir die Verschuldungskrise analysieren sollen. Nicht einig sind wir uns über die zukünftige politische Strategie, die wir als einzelne Gruppen einschlagen wollen. Wir sind uns jedoch einig genug, um miteinander zusammenzuarbeiten – beispielsweise in der Form dieses Verschuldungskongresses.

Die Schweiz im Weltwirtschaftssystem

Wie sieht es also aus mit der Rolle der Schweiz im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, und insbesondere gegenüber der Dritten Welt? Das Klischee kennen wir ja alle: Die Schweiz hatte nie Kolonien... Die Schweiz hat ihren Wohlstand mit Fleiss, Wasserkraft und Arbeitsfrieden selbst erarbeitet... Allerdings: Schon in der Kolonialzeit, als die Länder der Dritten Welt noch durch eine direkte, territoriale Besetzung ausgebeutet wurden, standen die Schweizer Firmen nicht abseits. Handelshäuser wie Volkart oder die Union Trading Company errichteten im Windschatten der Kolonialherren riesige Imperien. Beim Handel von Baumwolle, Kakao und Kaffee bauten sie eine führende Stellung auf. Heute kontrollieren auch andere Rohstoff-Spekulanten wie Marc Rich – von den USA zugezogen – oder André SA von der Schweiz aus Handelsimperien mit Umsätzen von über 10 Mrd. Franken.

Stark zugenommen hat die Bedeutung der Dritten Welt für die Schweizer Konzerne vor allem in den 60er und 70er Jahren. Dies war die grosse Zeit der ausländischen Direktinvestitionen. Die multinationalen Konzerne wurden zum wichtigsten Instrument des Kapitalabzugs aus der Dritten Welt, und die Schweizer Firmen waren mit dabei. Ciba-Geigy als zweitgrösster Pestizid-Hersteller der Welt profitierte stark vom Boom der exportorientierten Landwirtschaft mit der Grünen Revolution. Zahlreiche Schweizer Multis richteten sich auf die entstehenden nationalen Mittelschichten in der Dritten Welt aus, die begierig die Luxus-Konsummuster der Industrieländer übernahmen. Allen voran Nestlé, aber auch die Basler Chemie-Riesen oder Firmen wie die Gebrüder Bühler müssen hier erwähnt werden. Die Maschinen- und die Bauindustrie – BBC, Motor Columbus oder Sulzer, Holderbank oder Losinger – mischten in den 70er Jahren mit beim Bau der unzähligen Mammut- und Prestigeprojekte, die in der Dritten Welt unter Führung der Weltbank aufgestellt wurden.

Am Ende dieser Epoche war die Schweizer Industrie die wohl am stärksten auslandverflochtene der Welt. Um 1980 befanden sich 75 Prozent der Arbeitsplätze ihrer 15 grössten Konzerne im Ausland. Gut 100'000 davon lagen in der Dritten Welt. Pro Kopf der Bevölkerung besitzt die Schweiz am meisten Auslandinvestitionen unter allen Industrieländern. In der Türkei sind die Schweizer Multis bekanntlich die grössten Investoren überhaupt. In zahlreichen anderen Ländern – Brasilien oder Mexiko, Indien oder Kolumbien – zählen sie zu den grössten fünf. Nestlé beispielsweise macht 90 Prozent des Umsatzes im Ausland. Ähnlich sieht es bei den Basler Chemie-Konzernen aus. Die Legende von der Insel Schweiz entpuppt sich als ein Rauchvorhang. Die Schweiz ist sowohl beim internationalen Handel als auch bei der Kontrolle der Produktionsstrukturen eine wichtige Stütze des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems.

Erst recht gilt dies natürlich für das internationale Finanzsystem. Die Banken sind beim Abzug von Ressourcen aus der Dritten Welt in den vergangenen Jahren wichtiger geworden als die multinationalen Konzerne (2). Und die Schweiz ist der drittwichtigste Finanzplatz der Welt. Bei der Wertschrif-

ten-Verwaltung für ausländische AnlegerInnen – einer wichtigen Fluchtgeld-Domäne – liegt sie sogar an der ersten Stelle. Nicht pro Kopf der Bevölkerung, sondern überhaupt. Als Fluchtgeld-Hort kommt sie heute sogar unter Beschuss der übrigen westlichen Industrieländer. Die Schweiz sei „das klassische Fluchtgeld-Land" meinte 1987 der amerikanische Professor L.Walter. Doch die schweizerischen Banken sind auch in sämtlichen wichtigen Steuerungsausschüssen vertreten, welche Umschuldungsabkommen mit den Schuldnerländern aushandeln. Dies, obwohl nur etwa 2 Prozent aller ausstehenden Kredite in der Dritten Welt von ihnen stammen.

Die Schweiz ist also ein wichtiger Teil des Weltwirtschaftssystems. Dabei spielt sie jedoch eine ganz besondere Rolle, die sich von der ähnlich grosser Wirtschaftsmächte unterscheidet. Die Schweiz hat international eine andere Funktion als Schweden oder Österreich, als Australien oder Holland. Wenn es die Schweiz nicht gäbe, das Weltwirtschaftssystem müsste sie erfinden. Die Schweiz ist – und wird es immer mehr – ein hochspezialisierter Dienstleistungsbetrieb, der zentral wichtige Aufgaben für die übrigen Industrieländer (und für die herrschenden Oberschichten der Dritten Welt) wahrnimmt. Diskretion, Know-how und eine weisse Weste (3), das ist die grosse und attraktive Marktlücke für den Finanz- und Dienstleistungsplatz Schweiz. Einige Beispiele möchte ich kurz anführen:

- An erster Stelle muss nochmals die Rolle des Finanzplatzes Schweiz als sicherer und diskreter Waschsalon für schmutziges Geld und als Fluchtgeld-Hort erwähnt werden. Wie zahlreiche Beispiele immer wieder zeigen, spielt er diese Rolle sowohl für die Reichen der Industrieländer als auch für die Potentaten der Dritten Welt, sowohl für die Mafia als auch für andere kriminelle Gelder. Die Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt schätzt die Summe der Fluchtgelder allein aus der Dritten Welt vorsichtig auf 100 Mrd. Franken. In den vergangenen Jahren hat sie noch zugenommen.
- In absoluten Zahlen ist die Bedeutung der Schweizer Banken als Kreditgeber gegenüber der Dritten Welt nicht sehr gross. 1987 hatten sie gegenüber diesen Ländern – ohne OPEC und Finanzzentren – 24 Mrd. Franken ausstehend. Immer wieder dienen sie aber als Speerspitze des internationalen Kapitals in heiklen Situationen. Beispielsweise, wenn das südafrikanische Apartheidregime in Schwierigkeiten gerät (4). Unvergessen ist die Mission von Fritz Leutwiler, um Südafrika neues Kapital zu verschaffen – in einer Zeit, als ausländische Firmen und Banken zum Rückzug aus diesem Land gezwungen wurden.
- Die Schweiz ist ein Zentrum des internationalen Rohstoffhandels und der Spekulation. Zahlreiche führende und äusserst diskrete Handelsfirmen operieren von Genf, Zürich oder Zug aus. Diese sind zum Beispiel im Getreide- oder im Erdölgeschäft, im Metallhandel oder bei Giftmüll- und Atomschiebereien tätig. Immer wieder geben sie sich auch dazu her, internationale Wirtschaftssanktionen zu umgehen, beispielsweise gegenüber Südafrika. In diesem Zusammenhang muss natürlich auch erwähnt werden, dass Zürich der wichtigste Umschlagplatz von Gold, Luzern die wich-

tigste Drehscheibe für Diamanten ist.
- Weniger spektakulär, aber ebenso wichtig sind die Aufgaben, die die schweizerischen Versicherungen, Beratungsfirmen und Ingenieurbüros erfüllen. Sie helfen der Weltwirtschafts-Maschinerie, ein nach innen möglichst reibungsloses Funktionieren zu gewährleisten. Hinzu kommt die ausserordentliche Bedeutung der Schweiz als Standort für die Forschung und für die zentralen Dienste von multinationalen Konzernen. Einzelne von diesen – Jacobs Suchard, ABB, Pirelli, Triumph – haben ihre Hauptquartiere erst kürzlich in die Schweiz verlegt: wegen dem Arbeitsfrieden und wegen den günstigen Steuern.
- Die spezialisierte Rolle, die die Schweiz für die übrigen Industrieländer spielt, äussert sich auch in ihrem Verhalten in der internationalen Diplomatie. Als Akteur hält sie sich bewusst im Hintergrund. Ihre Spezialität sind auch hier die Dienstleistungen: Als Standort (für internationale Konferenzen), als Stellvertreterin (beispielsweise der USA in Iran oder Kuba), als Vermittlerin (in heiklen Situationen überhaupt). Die weisse Weste auch als diplomatischer Exportartikel.
- Die Faktoren, die die Schweiz zu einer solch wichtigen und lukrativen Tätigkeit prädestinieren – als Fluchtgeldhort und Geldwaschanstalt, als Handelsdrehscheibe und Dienstleistungsplatz –, sind bekannt: Die starke politische Erstarrung seit mehreren Jahrzehnten, beispielsweise mit dem Arbeitsfrieden und der Konkordanzdemokratie. Die offizielle aussenpolitische Neutralität, die gleichzeitig eine starke Anlehnung an die USA beinhaltet, die tiefen Steuern, das Bankgeheimnis, die schwach ausgebaute internationale Rechtshilfe, das sehr firmenfreundliche Aktienrecht und andere rechtliche Vorzüge, und natürlich auch die verkehrstechnisch zentrale Lage und die Vielsprachigkeit.

Alle diese Dienstleistungen erbringt die Schweiz als zentrales Rädchen des gesamten kapitalistischen Weltwirtschaftssystems – vor allem gegenüber den Banken und Konzernen, Regierungen und Institutionen der übrigen westlichen Industrieländer. Dies bedeutet auch, dass sie einen grossen Teil der direkten Ausbeutung und Kontrolle der Dritten Welt den übrigen Industrieländern überlassen kann. Beispielsweise ist der Anteil des Aussenhandels, den sie mit der Dritten Welt abwickelt, geringer als bei den meisten anderen Industrieländern. Das Gleiche gilt für die Direktinvestitionen. Handkehrum ist sie aber darauf angewiesen, sich politisch eng an die führenden westlichen Mächte, in erster Linie die USA, anzulehnen. Ihre Dienstleistungen, die weisse Weste und das Know-how kann sie nur innerhalb des von diesen dominierten Systems rentabel verkaufen (5).

Aus dieser Einordnung der Schweiz in das Weltwirtschaftssystem geht hervor, dass die Interessen des Finanz- und Dienstleistungsplatzes diejenigen des Exportstandorts Schweiz überwiegen. In die Dritte Welt exportiert die Industrie hauptsächlich Investitionsgüter, Chemieprodukte und Luxusgüter. Bei diesen Branchen spielt die Dritte Welt als Markt eine sekundäre Rolle. Gerade Lateinamerika und Afrika haben in den vergangenen Jahren wegen der Verschuldungskrise noch an Bedeutung verloren. Wie die Inter-

essen der Industrie denen des Finanz- und Dienstleistungssektors untergeordnet werden, können wir in Zürich gerade in diesem Moment an der Revision der Bau- und Zonenordnung beobachten. Die traditionellen Industriestandorte sollen neu für Dienstleistungsbetriebe geöffnet werden, was zu einer weiteren Verdrängung von industriellen Arbeitsplätzen führen wird.

Die Schweiz und die internationale Verschuldungspolitik

Wie verhält sich nun die Schweiz gegenüber den aktuellen Tendenzen der internationalen Verschuldungspolitik?

Ich möchte zeigen, wie sich die Schweiz auch in diesem Bereich konsequent in die Strategie der westlichen Industrieländer und Banken einordnet, wie sie einen widerspruchslosen Teil des internationalen Gläubigerkartells bildet – abgesehen von gelegentlichen Sonderinteressen. Woraus besteht also diese Strategie gegenwärtig, und welches ist die Rolle der Schweiz dabei?

Erstens: Zentral ist seit einigen Jahren der umfassende Schulterschluss innerhalb des Gläubigerlagers. Wir beobachten eine lückenlose Frontbildung gegen die verschuldeten Länder und deren Unterschichten. Bereits anfangs der 80er Jahre haben sich die Weltbank, die westlichen Banken und die Regierungen mit dem IWF zu einem Gläubigerkartell gegenüber den Schuldnerländern zusammengeschlossen. Die Banken und Regierungen schickten bei Umschuldungen jedes Mal den Internationalen Währungsfonds voraus. Die Weltbank und deren Filiale IDA steuerten neu die sogenannten Strukturanpassungs-Darlehen bei. Diese bedingten ebenfalls den Abschluss eines IWF-Programms. Seit einigen Jahren werden auch die multinationalen Konzerne verstärkt in diese Strategie integriert. Die Investitions-Versicherung MIGA soll unter der Schirmherrschaft der Weltbank die günstigen Investitionsbedingungen in der Dritten Welt garantieren. Und mit den sogenannten „Debt-Equity Swaps" sollen die Multis nationale Industrieanlagen und Erzreserven zu Schleuderpreisen aufkaufen können, als Nebenprodukt von Umschuldungen. In einem vorläufig letzten Schritt werden nun auch die SteuerzahlerInnen und die Entwicklungszusammenarbeit direkt für die Verschuldungspolitik mobilisiert. Dadurch soll vor allem verhindert werden, dass die ärmsten Länder aus dem Verschuldungskarussell aussteigen. Ein wichtiges Element dieser Strategie sind die ESAF, die Erweiterte Strukturanpassungs-Fazilität (6) oder das neue Lomé-Abkommen zwischen den EG-Ländern und ihren früheren Kolonien.

Die Schweiz spielt bei diesem Schulterschluss voll mit. Bereits in den 70er Jahren machte sie Umschuldungen von staatlichen Krediten davon abhängig, dass die Schuldnerländer IWF-Abkommen unterzeichneten. Als die Bedeutung des Währungsfonds um 1982 zunahm, trat sie (1984) dem 10er Klub, dem finanziellen Reservepolster des IWF, als Vollmitglied bei. Im September 1988 wurde Otto Stich sogar zum Vorsteher dieses Klubs bestimmt. Natürlich ist die Schweiz auch in den Gläubiger-Kartellen, dem Pariser und dem Londoner Club, vertreten. Der MIGA, der Investitions-Versicherung für die Multis, trat sie ohne Verzögerung als Mitglied bei. Und zunehmend

setzt sie auch ihre Entwicklungszusammenarbeit für IDA-Projekte ein sowie für die Anpassungsprogramme, die diese zusammen mit dem IWF durchführt. 1987-1989 will sie für diesen Zweck 210 bzw. 70 Mio. Franken ausgeben. Im Herbst 1988 hat das Parlament 400 Mio. Franken für die ESAF, für die Erweiterte Strukturanpassungs-Fazilität des IWF, bewilligt. 1990 wird ein Ausbau der Zahlungsbilanzhilfe für solche Zwecke hinzukommen.

Zum zweiten wesentlichen Element der gegenwärtigen Verschuldungspolitik: Mit dem Schulterschluss der Gläubiger hängt die Strategie zusammen, die Schuldnerländer konsequent als Einzelfälle zu behandeln. Damit können – mit einer Taktik von Zuckerbrot und Peitsche – sämtliche Schuldnerländer gegeneinander ausgespielt werden. Wer bei Umschuldungen die soziale Schraube noch stärker anzieht, wer das Land noch stärker für das ausländische Kapital öffnet, darf mit etwas längeren Rückzahlungsfristen, mit etwas tieferen Zinszuschlägen rechnen. Zudem können auf diese Weise den Gläubigern genehme Regierungen (etwa in Argentinien oder Zaire) gezielt mit günstigen Umschuldungsbedingungen gestützt werden. Andererseits verbirgt sich hinter dem Einzelfall-Ansatz natürlich eine Ideologie: dass die Zahlungsschwierigkeiten das Problem der einzelnen Schuldnerregierungen seien, welches diese durch eine falsche Politik selbst verursacht hätten. Auch die Schweiz – die Banken wie die Behörden – verteidigen konsequent diesen Einzelfall-Ansatz, der Bundesrat beispielsweise im September 1987 gegenüber dem Parlament.

Drittens: Im Herbst 1985 verabschiedeten die Gläubiger-Regierungen und die Banken den sogenannten Baker-Plan. Darin gaben sie an, 15 stark verschuldeten Ländern 40 Mrd. Dollar an neuen Krediten erteilen zu wollen. Die Schuldnerländer sollten sich im Gegenzug noch härteren IWF-Programmen unterziehen. Dies war in erster Linie ein Versuch, die bisherige Strategie mit neuem Geld – oder besser: neuen Versprechungen – über die Zeit zu retten. Von diesen 40 Mrd. Dollar sollte die Hälfte von den privaten Banken kommen. Diese kümmerten sich allerdings nie um ihre Zusage. Im Frühjahr 1987 gingen die amerikanischen Banken dazu über, statt neues Geld zu verteilen, die Rückstellungen massiv zu erhöhen. Allein 1987 erhöhten sie die internen Reserven um 20 Mrd. Dollar. Dies war ein Übergang vom Zuckerbrot zur Peitsche. Das Mitspielen der Schuldner-Regierungen sollte nicht länger durch weitere Kredite erkauft werden. Es sollte stattdessen durch eine verstärkte eigene Verhandlungsposition erzwungen werden. Zusätzlich begannen zahlreiche mittlere und kleine Banken, ihre Problemkredite abzustossen, indem sie sie auf dem Occasionsmarkt verkauften. Auch so konnten sie sich vom Druck befreien, zukünftig neue Kredite sprechen zu müssen. Der Baker-Plan, der von Anfang an aus einem politischen Kalkül bestanden hatte, war damit auch finanziell eine Totgeburt.

Die Schweizer Banken haben aktiv am Begräbnis des Baker-Plans mitgewirkt. Die Eidgenössische Bankenkommission schreibt ihnen vor, dass sie auf Problemkrediten Rückstellungen von 35 Prozent (und ab Ende 1989 sogar von 50 Prozent) bilden müssen. In der Praxis sollen es bei den einzelnen Banken aber bis zu 70 Prozent sein. Diese Werte liegen weit über dem inter-

nationalen Durchschnitt. Kurzfristig nahmen die Schweizer Banken damit verminderte Profite in Kauf. Doch dafür sind sie nun ebenfalls in der Lage, sich tendenziell aus dem Kreditgschäft mit der Dritten Welt und den Umschuldungen abzumelden. Diese Tätigkeit überlassen sie immer mehr den amerikanischen und den japanischen Banken. Ein Generaldirektor des Bankvereins erklärte im vergangenen April stolz, der SBV habe die Kredite in hochverschuldeten Ländern innert weniger Monate von 5,1 auf 2,8 Mrd. Franken reduziert. Für alle Schweizer Banken ging das Engagement in den 15 Ländern des Baker-Plan 1985-1987 von gut 10 auf 7,3 Mrd. Franken zurück.

Der Bankverein vertritt zudem bereits seit 1986 die Strategie, dass die Banken den Schuldnerländern sogar die Zahlung der Zinsen aufschieben sollten, statt neue Kredite zu erteilen. Damals drang er beim IWF und bei den US-Banken mit seiner Haltung nicht durch. Seit auch die amerikanischen Gläubiger grosse Rückstellungen gebildet haben, wird international über entsprechende sogenannte flexible Ansätze diskutiert. Diese bilden eine weitere Verfeinerung der erwähnten Strategie von Zuckerbrot und Peitsche.

Auch in der Verschuldungspolitik steuert also die Schweiz konsequent ihren Teil zum internationalen Krisenmanagement der Gläubiger bei. Für die wichtigsten Bereiche habe ich dies kurz ausgeführt: Für die Frontbildung der Gläubiger und die Einzelfall-Strategie gegenüber den Schuldnern; für die zunehmenden Rückstellungen und die Ablehnung von neuen Krediten; schliesslich für die zunehmende Flexibilisierung des Ansatzes von Zuckerbrot und Peitsche. Die einzige Nuance, die die Schweizer Banken dabei von den ausländischen unterscheidet, ist die weitergehende Bereitschaft zur Flexibilität bei Umschuldungen. Diese kann wohl durch zwei Faktoren erklärt werden:

- Erstens die Tatsache, dass ihre ausstehenden Kreditbeträge im internationalen Vergleich wie erwähnt gering sind.
- Zweitens möglicherweise die Tatsache, dass die Schweizer Banken sehr eng mit den schweizerischen Multis verflochten sind. Diese haben ihrerseits ein Interesse daran, die Schuldnerländer als Exportmärkte aufrechtzuerhalten. Bei Nestlé und bei Ciba Geigy sassen 1987 zwei, bei BBC und bei Sulzer sogar drei Vertreter von Grossbanken im Verwaltungsrat. Vertreter des Bankvereins wiederum sassen in den Verwaltungsräten von BBC und Ciba Geigy (je zwei), von Alusuisse und Georg Fischer, Schindler und Motor Columbus, Ems Chemie und von Roll. Ähnlich sah die Situation bei den übrigen Grossbanken aus.

Es gibt einen einzigen Bereich, in welchem die Schweizer Banken auch einen Konflikt mit der Internationale der Gläubiger-Interessen in Kauf nehmen. Selbstverständlich nicht wegen ideologischen Differenzen, sondern weil sie von dieser Abweichung profitieren: Es handelt sich nämlich um das Fluchtgeld. Die Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt schätzt, dass mindestens 100 Mrd. Franken Fluchtgeld aus der Dritten Welt auf schweizeri-

schen Bankkonten liegen. Pro Kopf der Bevölkerung sind das 15'000 Franken... In den vergangenen Jahren haben die Fluchtgeld-Ströme offenbar noch zugenommen. Schauen wir nur einmal Lateinamerika und Afrika an (ohne internationale Finanzzentren wie Panama): Die Einlagen der Schweizer Banken aus diesen Kontinenten haben 1980-1987 von 17 auf 30 Mrd. Franken zugenommen.

Die Aufnahme und Verwertung dieses Fluchtgeldes ist ein gewaltiger Beitrag der Schweiz zur Ausblutung der Dritten Welt. Gleichzeitig wird so aber teilweise das Krisenmanagement von IWF und den übrigen Banken torpediert. Die US-Regierung forderte beispielsweise Mexiko 1982 auf, die Banken zu verstaatlichen, weil der enorme Fluchtgeld-Abfluss die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit vergrösserte. Die Schweizer Banken machen da viel lieber die hohle Hand. Von Seiten des IWF wie auch von amerikanischen Regierungsstellen gerieten sie deshalb in den vergangenen Jahren auch verschiedentlich unter Druck.

Auswirkungen der Bankenpolitik am Beispiel des Finanzplatzes Zürich

Bis jetzt bin ich ausführlich auf die Rolle der Schweiz innerhalb des Weltwirtschaftssystems und innerhalb der aktuellen Verschuldungspolitik eingegangen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die gegenwärtige Finanzplatz-Entwicklung immer mehr Opfer auch innerhalb der Schweiz fordert. Das ganze Bankengeschäft und gerade die Wertschriftenverwaltung werden immer stärker internationalisiert und dereguliert. Dies verstärkt den Konzentrationsprozess; die wichtigen Finanzmetropolen werden noch an Bedeutung gewinnen. Und die Zürcher Gnomen zeigen ganz klar den Willen, bei dieser Entwicklung dabei zu sein.

Wir spüren es in jedem Quartier: Zürich soll zu einer Finanz- und Dienstleistungsplantage zugerichtet werden. Die Pläne sind geschmiedet. Vom Börsen-Neubau aus fressen sich die Banken nach Aussersihl, Wiedikon und in die Enge hinein. 1987-1992 wollen sie neue Büros im Umfang von 65 Fussballfeldern erstellen. Das Industriequartier und das Oberhauser Ried sollen für die nachgelagerten Dienstleistungsbetriebe und für neue Konzernzentralen geöffnet werden. Die Verwaltungsgebäude und Anwälte, die Shopping Center und Ärzte schwappen dafür in andere Quartiere über – ins Seefeld und nach Altstetten, nach Oerlikon und in den Giesshübel. Der HB Südwest soll die vergrösserten Pendlerströme kanalisieren und gibt der Entwicklung mit seinen eigenen Konsumtempeln noch einen Zacken drauf.

Profitieren wird von dieser Entwicklung, wer produktiv ist – wer zur richtigen Generation, Berufsgruppe und geographischen Region gehört. Und wer sich selbst auf Computer-Arbeitsplatz, Wohnung im Grünen und Squash-Zentrum konfektionieren lässt. Den Preis bezahlt, wer in dieser Stadt die Mieten bezahlen muss, wer hier überhaupt noch selbstbestimmt leben will. Hauptopfer sind jene, die sich nicht in das verstärkte bürgerliche Leistungs- und Verdrängungssystem integrieren lassen wollen oder können. Wir haben in der Schweiz noch nicht eine Zwei-Drittels-Gesellschaft im Stil

von Thatchers Grossbritannien. Aber die Weichen werden in diese Richtung gestellt.

Den Preis bezahlen aber auch die übrigen Regionen der Schweiz. Diese will der Wasserkopf Zürich immer mehr in Lagerhäuser und Abfalldeponien, in Schlafstädte und Autobahnkorridore, in Stromproduzenten und Freizeitreservate für seine Bedürfnisse verwandeln.

Zu den Opfern gehören weiter die ArbeiterInnen im industriellen Sektor. Denn in einem internationalen Finanzzentrum industriell zu produzieren, rentiert immer weniger. Verschiedene Betriebe der Maschinenindustrie haben sich darauf eingerichtet, obsolete Technologien mit Bundessubventionen in die Dritte Welt zu exportieren. Heute sind diese Märkte durch die Verschuldung zerstört. Im grossen Ganzen ist es der Industrie bis jetzt allerdings gelungen, neue Ersatzmärkte zu finden, etwa in Ostasien.

Daneben läuft auch bei der Industrie ein ungebrochener, weltweiter Konzentrationsprozess ab, verbunden mit einer noch zunehmenden Internationalisierung. Dadurch können die ArbeiterInnen weltweit immer stärker gegeneinander ausgespielt werden. Die Hauptstossrichtung scheint dabei nicht gegen die Löhne zu gehen. Vielmehr wollen die Firmen, die noch in der Schweiz produzieren, ihre Produktionskapazitäten möglichst flexibel einsetzen können. Der starke Druck wird also auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Anstellungsverhältnisse ausgeübt.

Zur Kasse gebeten werden durch die gegenwärtige Politik der Banken schliesslich die SteuerzahlerInnen. Die Internationalisierung der Finanzgeschäfte nützen diese gezielt für eine Erpressungsstrategie aus. Jedes Jahr weisen die Grossbanken Profite von bis zu 800 Mio. Franken aus. Dazu kommen noch die vergrösserten stillen Reserven. Dennoch drohen die Banken mit der Abwanderung, wenn ihnen nicht Steuern in der Höhe von 350 Mio. Franken im Jahr erlassen werden. Hinzu kommen noch die verminderten Steuereinnahmen durch die Rückstellungen. Wenn die Banken auf ihren Problemkrediten Rückstellungen von 35 bis 70 Prozent gebildet haben, so hat uns das in den vergangenen Jahren 700 Mio. bis 1,4 Mrd. Franken gekostet. Als Folge der Exportsubventionen und der Verschuldung werden wir in den nächsten Jahren schliesslich auch ERG-Defizite von über 1 Mrd. Franken bezahlen dürfen.

Die Forderungen

Welche Forderungen stehen im Vordergrund? 1985 und 1987 haben sich die betroffenen Basisbewegungen in Havanna und Lima zu grossen Konferenzen getroffen. Im Mittelpunkt der Forderungen stand jedesmal die Schuldenstreichung, bzw. ein Rückzahlungsboykott von Seiten der verschuldeten Länder. Diese Forderung unterstützen wir, die Vorbereitungsgruppe des Kongresses. Erstens ist ein vollständiger Stopp der Rückzahlungen die notwendige Voraussetzung für jede alternative Entwicklung. Zweitens ist nicht zu legitimieren, dass demokratische Länder heute oder in Zukunft Kredite zurückzahlen sollen, die von Militärdiktaturen oder pseudodemokratischen

Regierungen aufgenommen worden sind.

Es ist klar, dass ein solcher Rückzahlungsstopp zahlreiche schwierige Fragen stellt. Beispielsweise werden dadurch die ungerechten Bedingungen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, die ungerechten Produktions- und Austauschbedingungen, noch nicht beseitigt. Der Kampf für ein gerechtes Wirtschaftssystem muss auch nach einem Rückzahlungsstopp weitergehen: Im Inland wie auf der internationalen Ebene, in der Dritten Welt wie bei uns. Wir glauben, dass von einem Rückzahlungsstopp auch die Befreiungsbewegungen in den betroffenen Ländern profitieren würden. Es ist ja nicht so, dass eine extreme soziale Verelendung die Kräfte solcher Bewegungen stärkt. Hingegen könnten die Regierungen nach einem Bruch mit dem IWF eine repressive Politik nicht so einfach aufrechterhalten. Die Lebensbedingungen würden verbessert, und Volksbewegungen erhielten einen grösseren Spielraum.

Unsere Solidarität gilt also den Völkern der verschuldeten Länder. Sie gehört nicht denjenigen Regierungen, die sich durch einen Zahlungsstopp eine Atempause für ihre eigene verfehlte Politik erhoffen. Falls sich eine Befreiungsbewegung selbst – wie in Südafrika – gegen eine Schuldenstreichung wendet, so kann diese natürlich nicht in Frage kommen. Als Grundsatz steht für uns die Forderung nach einem Rückzahlungsstopp im Mittelpunkt, und wir unterstützen entsprechende Ansätze in der Dritten Welt.

Allerdings: Die Beschäftigung mit der Schuldenfrage – und die Forderung nach einem Rückzahlungsstopp – darf uns nicht dazu verleiten, die schwierigen Diskussionen um Solidaritätsarbeit und politische Veränderungen bei uns zu verdrängen. Denn diese werden durch einen Rückzahlungsstopp nicht gelöst. Dies zu tun würde bedeuten, dass die Linke selbst in eine verhängnisvolle Schuldenfalle läuft.

Neben einem Rückzahlungsstopp stellen wir konkrete Forderungen an die Schweiz. Deren Politik als Stütze und als Profiteurin des weltweiten Ausbeutungssystems muss aufhören:

- Wir lehnen Kredite an den IWF und für IWF-Programme ab, sei es durch die ESAF oder durch sogenannte IDA-Kofinanzierungen. Selbstverständlich lehnen wir auch einen Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds ab. Stattdessen muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass es einen Bruch mit der bisherigen Wirtschafts- und Verschuldungspolitik braucht, in Form von Schuldenstreichungen und politischen Veränderungen. Finanzminister Stich hat im September 1988 angetönt, dass er einen Beitritt zum IWF vorschlagen will. Verschiedene Organisationen der Vorbereitungsgruppe stehen bereit, um einen solchen mit dem Referendum zu bekämpfen.
- Wir lehnen es ab, dass sich die offizielle Schweiz an den Umschuldungen des Pariser Clubs beteiligt und sich damit ebenfalls hinter die vom IWF verkörperte Anpassungspolitik stellt. Erst recht lehnen wir die Vorreiterrolle ab, die Schweizer Banken, Konzerne und Behörden immer wieder zur Stützung von besonders schändlichen Ausbeutungsregimes übernehmen. Beispielsweise in Südafrika, Zaire oder der Türkei. Stattdessen

braucht es eine Unterstützung von alternativen Entwicklungsmodellen – etwa durch den Erlass von ausstehenden ERG-Krediten –, und es braucht die Unterstützung von Volksbewegungen und Befreiungskämpfen in der Dritten Welt.
- Der Rolle des Schweizer Finanzplatzes als Fluchtgeld-Magnet muss sofort ein Ende gesetzt werden. Denn durch die Fluchtgeld-Ströme werden alternative Entwicklungswege in fortschrittlichen Ländern schon zum voraus sabotiert. Konkrete Vorschläge, wie diese Fluchtgeld-Ströme vermindert werden können, wurden im In- und Ausland bereits ausgearbeitet. Ich erwähne den Ausbau der Rechtshilfe oder die Verrechnungssteuer auf Treuhand-Geldern, will hier aber nicht im Detail darauf eingehen.
- Wir lehnen auch die weitere Zurichtung von Zürich und anderen Städten zu Finanz- und Dienstleistungszentren ab, zu Monokulturen der Vermögensverwaltung und Spekulation. Hier berühren sich die Interessen von uns und von der Mehrheit der Bevölkerung in der Dritten Welt ganz konkret. Diese politische Arbeit muss in erster Linie in Zürich und in Zug, in Genf und im Tessin geleistet werden.

Über die Chancen dieser Forderungen machen wir uns keine Illusionen. Sie berühren zentrale Bereiche des herrschenden Systems. Sie sind deshalb umso wichtiger, aber auch umso schwieriger zu erreichen. Erfolge in dieser Frage erfordern viel interne Diskussionen und politische Mobilisierung, erfordern Öffentlichkeitsarbeit und Widerstand. Über die zukünftigen politischen Strategien bestehen innerhalb der Vorbereitungsgruppe unterschiedliche Vorstellungen. Die Schwierigkeit, in dieser Frage konkrete Erfolge zu erzielen, macht den Einsatz dafür nicht attraktiver.

Die Forderungen, die ich vorher aufgestellt habe, waren bewusst relativ allgemein und grundsätzlich. Zum einen, weil sie in den Arbeitsgruppen des Verschuldungskongresses noch konkretisiert werden sollen. Zum anderen, und dies ist meine persönliche Meinung, weil wir uns mit einem langen Forderungskatalog selbst täuschen würden. Die Solidaritätsbewegung ist gegenwärtig nicht in einer politischen Position, in der sie konkrete Forderungen zur Verschuldungspolitik durchsetzen könnte.

Stattdessen, glaube ich, sollten wir besser auch Forderungen an die Solidaritätsbewegung richten, an uns selbst. Wir glauben in der Vorbereitungsgruppe, dass die Drittwelt-Bewegung in der Vergangenheit Fehler gemacht hat. Vor allem glauben wir, dass sie sich zu stark auf einzelne Länder oder Themen konzentriert hat. Sie hat dadurch oftmals die grossen Zusammenhänge aus den Augen verloren. Zwar ist sie heute sicher grösser und stärker als zu ihrem Beginn, vor 20 Jahren. Dank ihrer Konzentration auf bestimmte Länder und Themen kann sie gewisse (bescheidene) Erfolge verzeichnen. Dafür hat sie aber bestimmt an politischem Bewusstsein verloren. Wenn wir begreifen, dass die Verschuldung ein zentraler Ausdruck des herrschenden Weltwirtschaftssystems ist, wenn wir begreifen, dass sie der wichtigste Mechanismus zur Ausbeutung der Dritten Welt ist – dann können wir uns nicht weiter bloss mit Ländersolidarität oder mit gewissen Sachfragen beschäftigen. Dann braucht es eine breite Zusammenarbeit von vielen aktiven Grup-

pen und Organisationen. Dann braucht es gemeinsame Diskussionen und eine gemeinsame Strategie, auch wenn unsere politischen Ansichten und Strategien oftmals unterschiedlich sind. Dabei können wir uns ein Vorbild an den Basisbewegungen in der Dritten Welt nehmen. Immer mehr sind es dort ja breite Koalitionen von verschiedenen Gruppen, die für einen Stopp der Ausbeutung durch Verschuldung, für eine politische und soziale Befreiung kämpfen.

Dieser Kongress ist entstanden durch eine Zusammenarbeit, wie sie bisher selten möglich war. Er soll ein Anfang einer solchen Verschuldungskampagne sein. Und er ist ein Aufruf an Euch alle, bei diesen Aktionen mitzuarbeiten.

Anmerkungen

1) S.Giovanni A.Cornia u.a.: Adjustment with Human Face, Oxford 1987.
2) S. dazu die Dokumentation 1/89 der „Erklärung von Bern" und den Beitrag von P.Bosshard in der WoZ v. 2.3.89.
3) Vgl. dazu auch die Thesen zur schweizerischen Aussenpolitik von Walter Schöni: Nationales Interesse und Solidarität. In: Widerspruch 13/87.
4) S. auch Mascha Madörin: Südafrika und die Schweiz. In: Widerspruch 13/87 und ihr Beitrag in diesem Sonderband.
5) Die Rolle der Schweiz wird in diesem Zusammenhang auch als „Sekundärimperialismus" (Ziegler et al.) bezeichnet. Hans-U. Jost hat am Freiburger Symposium „Schweiz-USA-Dritte Welt" gezeigt, wie sich die nazifreundliche Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges richtiggehend in das neue amerikanische Hegemonialsystem eingekauft hat. Vgl. dazu den Bericht in: Widerspruch 13/87 „Nation, Volk & Rasse".
6) S. eine umfassende Kritik an der ESAF: Die Dokumentation „Die Verschuldungskrise – ein Wirtschaftskrieg" von der „Erklärung von Bern", 22 S. August 1988 (gratis zu beziehen: EvB, Quellenstr.25, 8005 Zürich).

Das 6 x im Jahr erscheinende Organ der ANTI - APARTHEID - BEWEGUNG

Seit 1989 mit mehr Berichten aus Südafrika und mehr Informationen zu den Beziehungen Schweiz - Apartheidstaat.

ANTI APARTHEID NACHRICHTEN

☐ Ich abonniere die AAN zum Preis von Fr. 20.– p.J. (Solidaritätsabo Fr. 50.–)
☐ Ich werde Mitglied der AAB und bezahle Fr. 50.– p.J. (Solidaritätsbeitrag Fr. 100.–)

Name: .....

Vorname: .....

Adresse: .....

.....

Einsenden an AAB, Postfach 1022, 8036 Zürich